

Der diskrete Charme des sanften Tons

Von der Macht der Sprache in verrohten Zeiten. Ein Essay aus gegebenem Anlass | Von Andrea Löw

Aber Sprache dichtet und denkt nicht nur für mich, sie lenkt auch mein Gefühl, sie steuert mein ganzes seelisches Wesen, je selbstverständlicher, je unbewusster ich mich ihr überlasse.“ Dies schrieb der Romanist Victor Klemperer, als er unmittelbar nach dem Ende des „Dritten Reiches“ dessen Sprache, die „Lingua Tertii Imperii“, kurz „LTI“, analysierte. Klemperer hatte die Ausgrenzung der Nationalsozialisten in einem „Judenhaus“ überlebt, war der Deportation in den Tod dadurch entgangen, dass er in einer „Mischehe“ mit einer „Arierin“ lebte. Derartige Begriffe waren damals normal geworden. Klemperer ist nur einer der vielen Verfolgten, die darüber schrieben, wie ihrer Ausgrenzung auch durch Sprache der Weg gebahnt wurde.

Wie sehr Sprache Gefühle lenkt, vermeintliche Gewissheiten schafft und Annahmen verfestigt, erleben wir gerade wieder mit enormer Deutlichkeit. Worte formen Wirklichkeit, Sprache ist Macht. Populisten wissen und nutzen das. Rechte Ideologen wie Alexander Gauland, der Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag, und Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, um nur die prominentesten zu nennen, benutzen ganz bewusst NS-Sprache und -Argumentation. Da sollen Menschen schon mal „entsorgt“ werden, „dieses politische System“, gemeint ist offensichtlich die Demokratie, müsse „weg“. Sie propagieren einen völkisch-biologischen Nationalismus, und stellen sich „unser Volk“ oder „unser Vaterland“ als eine ethnisch-homogene Gemeinschaft vor. Im Zuge der Flüchtlingskrise wurde dies besonders deutlich: „Wir“ müssen geschützt werden vor der Überfremdung. Beatrix von Storch, die später stellvertretende Bundessprecherin der AfD wurde, twitterte in diesem Zusammenhang 2018, bei den Migranten handle es sich um „barbarische, muslimische, gruppenvergewaltigende Männerhorden“. Die AfD verschiebt immer mehr die Grenzen des Sagbaren.

Wörter sind in der Lage, Realitäten abzubilden und zu hinterfragen. Sprache ist ein Instrument der Macht und eine Waffe, Worte können ausgrenzen und verletzen.

Sigmund Freud hat die „Macht der Worte“ beschrieben, die Gefühle hervorrufen, geistige Einstellungen schaffen und vertiefen. Wenn Sprache Hass schürt, kann das fatale Auswirkungen haben, dies haben die rechtsradikalen und antisemitischen Anschläge der vergangenen Monate uns dramatisch vor Augen geführt.

Victor Klemperer und nach ihm viele andere haben aufgezeigt, wie eine Sprache des Hasses und der Ausgrenzung den Weg ebnen konnte zu Gewalt, Terror und Massenmord – und dies jederzeit wieder kann.

Gerade wer sich der Macht der Worte bewusst ist, wird bei der Wahl der Begrifflichkeiten vorsichtig sein. Die Gruppen, die sich in den vergangenen Monaten auf Demonstrationen gegen die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Coronapandemie zusammengefunden haben, sind nicht ausnahmslos „Nazis“ oder „Faschisten“, wie mitunter zu lesen ist. Die sogenannten „Querdenker“ sind ein diffuses Konglomerat von Verschwörungstheoretikern, Wirklichkeitsverleugnern, schrägen Esoterikern, geschichtsvergessenen Ignoranten, die eine Gelegenheit ergreifen, gegen die „da oben“ zu demonstrieren. Und dazwischen marschieren besorgte Bürgerinnen und Bürger, denen die Eingriffe des Staates zu weit gehen, aber auch Rechtsradikale, die ein neues Forum für ihre fremdenfeindlichen und antisemitischen Hassparolen gefunden haben. Die Verbindungen zwischen „Querdenkern“ und Rechtsradikalen sind jedenfalls so eng, dass in Baden-Württemberg der Verfassungsschutz nun „Querdenken-711“ beobachtet. Und die unsäglichen historischen Vergleiche der „Querdenker“, die ihre Situation mit derjenigen von Anne Frank oder allgemeiner der verfolgten Juden in Beziehung setzen, finden ihre traurige Parallele in der Banalisierung der NS-Verbrechen durch AfD-Mitglieder. Erinnert sei an Gaulands Formulierung, Hitler und der Nationalsozialismus seien nur ein „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte gewesen.

Dennoch: Wir brauchen mehr Nuancen, um eine komplizierte soziale Wirklichkeit, in der für viele Menschen Gewissheiten zer-



Denkmal: Victor Klemperer in der Eingangshalle des Victor-Klemperer-Kollegs in Berlin.

brechen, sprachlich zu erfassen. „Faschisten“ und „Nazis“ – das sind Kampfbegriffe, die oft aus einer verständlichen Empörung heraus genutzt werden, sich aber nicht mehr steigern lassen. Wir sollten sie nicht beliebig und inflationär anwenden, damit sie nichts von ihrer sprachlichen Kraft einbüßen, aber auch, um nicht selbst durch Sprache auszugrenzen. Die durch diese Begriffe vorgenommene Klassifizierung ganzer Gruppen verstellt die Möglichkeit des Dialogs mit denen, die dazu vielleicht noch offen sind.

Jemand, der derart eindeutig kategorisiert wird, steht auf der falschen Seite, daran gibt es nichts zu rütteln: Mit Nazis reden macht keinen Sinn, also lassen wir das gleich. Es ist sicherlich einfacher, den Dialog von vornherein als aussichtslos zu betrachten, als in mühevollen Gesprächen zu Menschen durchzudringen, genau hinzusehen und verstehen zu wollen, was die diffusen Gefühle auslöst, die sie auf diese Demonstrationen treibt – oder zu Wählern der AfD werden lässt.

Hinzu kommt, dass die Rücksichtslosigkeit vieler Demonstrierender in den vergangenen Monaten Menschenleben gefährdet hat. Und verwirkt diejenigen, die mit überzeugten Rechtsradikalen und Antisemiten gemeinsam auf die Straße gehen, ohne sich in irgendeiner Form von deren Ansichten zu distanzieren, nicht ihr Recht auf Verständnis?

Dennoch: Wir müssen wieder wegkommen von einem zunehmend aggressiven Ton und unsere Worte mit Bedacht wählen. Dann können wir auch mutig das Wort ergreifen und einschreiten gegen Shitstorms und Hate Speech im Internet, die auch durch ihre große Reichweite so enorm verletzen können. Das Wort ergreifen für die Demokratie, für Integration und Versöhnung ist in diesen Zeiten, in denen deutsche Parlamentarier vom rechten Rand aus offen zur Ausgrenzung aufrufen, in denen Rechtsextreme lauter, aggressiver und gewalttätiger werden und ein Klima geschaffen haben, in dem ein Politiker vor seinem Haus erschossen wird, nötiger denn je.

Kurt Tucholsky hat einmal geschrieben: „Die Sprache ist eine Waffe, haltet sie scharf.“ Er meinte dies durchaus positiv. Halten wir diese mächtige Waffe also scharf und nutzen wir sie gegen Rechtspopulisten und Gegner unserer Demokratie! Doch machen wir uns zugleich stets bewusst, dass Sprache Dialog, Verständnis und Versöhnung schaffen kann und sollte. Demokraten dürfen die Deutungshoheit in dieser großen Krise nicht denen überlassen, die etwa das Infektionsschutzgesetz mit dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten gleichsetzen und damit den Beginn einer neuen deutschen Diktatur propagieren und versuchen, die Demokratie auszuhöheln.

Das notwendige sprachliche Dagegenhalten sollte zugleich ein Gesprächsangebot an diejenigen enthalten, die dafür noch offen sind, die Unentschiedenen, die Ratlosen. Diejenigen, die in dieser Krise ihre Sorgen und Ängste um die Zukunft gehört wissen möchten, dürfen wir nicht an die Rechtspopulisten verlieren. Und hier sind die regierenden Politiker der demokratischen Parteien in der Pflicht, Sprache als Instrument der Aufklärung einzusetzen und den Bürgerinnen und Bürgern viel genauer zu erklären, was gerade warum notwendig ist, sei es in Bezug auf Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, sei es in Fragen der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Der Eindruck, dass die „da oben“ über die Köpfe der Menschen hinweg nicht nachvollziehbare Entscheidungen treffen, treibt manche allzu leicht den Gegnern der Demokratie in die Arme. Politische Entscheidungen, insbesondere Einschränkungen, müssen klar und deutlich erklärt werden, damit die Menschen sie akzeptieren. Das ist anstrengend, kostet Zeit und Energie. Komplexe Zusammenhänge verständlich darzustellen, ist eine besondere Herausforderung. Doch dürfen Politiker, dürfen aber auch wir alle, die einstehen für die Demokratie, diese komplizierten Themen nicht den Populisten überlassen, die es mit ihren Schwarz-Weiß-Erklärungen erheblich leichter haben. Es ist unsere politische Verantwortung, selbst den Ton zu setzen. Nuanciert, aber bestimmt.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOPPFER ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Das Wesentliche

Furiös sollte das Beethoven-Jahr werden, glanzvoll und strahlend. Aber genau das war es nicht. Wir haben von der Musik dieses Jahrhundert-Genies im 250. Jahr nach seiner Geburt nicht allzu viel gehört. Schon gar nicht live. Statt einem rauschenden Fest, das mit unzähligen Events so hingebungsvoll geplant worden war, blieben die Sitzreihen leer, die Saaltüren verschlossen. Ausgerechnet im Beethoven-Jahr dominierte die Stille. Wir haben seine Musik auf Streaming-Plattformen und in Funk- und Fernsehen mancherorts verfolgen können – meist allein. Aber wir konnten sie kaum gemeinsam erleben. Für die kurze Phase der vorsichtigen Öffnung von Konzertsälen im Spätsommer verschwand so mancher erwarteter Genuss hinter dem Erschrecken über spärliche Saalbesetzung, dünnen Applaus und der aufs Peinlichste bedachten Einhaltung von Hygienekonzepten. Ein Fest sieht anders aus.

Beethoven gilt als Komponist der Ideen und Ideale. Er war ein Tonkünstler, der in seiner Musik die gesellschaftliche Themen der historischen Umbruchzeit, in der er lebte, verhandelte und dabei in der Lage war, sie derart auf das Wesentliche zu verdichten, dass seine rund 240 Werke, seine Sinfonien, Klavierkonzerte und Streichquartette ihre Aktualität nie verloren haben. Mit seiner Musik hat er die Zeitläufte damals kommentiert und tut es bis heute – unerschütterlich hoffnungsfroh, im vollen Vertrauen in das Entwicklungspotential des Menschen und seine Kraft, Dinge zum Positiven zu wenden. Die Urgewalt seiner Musik hätten wir dieses Jahr gut gebrauchen können, den Trost, den man in ihr finden kann, den Humor, den Witz, nicht nur die Schwere, gerade auch deren Leichtigkeit. Doch es sollte alles anders kommen. Was also bleibt?

Das Bemerkenswerte an diesem in der Musikwelt so ungewöhnlichen Jubiläumsjahr ist tatsächlich die Stille. Sie vereitelte jeden Versuch, die Werke dieses singulären Komponisten bis zum Abwinken zu reproduzieren und seine Persönlichkeit unter dem Kitsch und Kommerz eines zum Popstar verkörperten Genies zu begraben.

Mehr noch, ausgerechnet durch die Stille im Beethoven-Jahr wird das wohl dringlichste Anliegen des Komponisten augenfällig: die Erzeugung von Gemeinschaft durch gemeinschaftliche ästhetische Erfahrungen, die gar nicht unbedingt Beethovens Werke selbst oder nur klassische Musik zum Inhalt haben müssen, die aber berühren, begeistern, aufwühlen, verstören und versöhnen können. Beethoven wusste darum, wie wichtig solche Gemeinschaftserlebnisse für den Zusammenhalt einer Gesellschaft sind. Genau das hat er in seinen Symphonien besungen und als Künstler in seinen Akademien organisiert. Für jedermann. Manchmal begreift man erst, wenn etwas nicht ist, was es ist: Das gemeinschaftliche, direkte, ja physische Erfahren von Kunst ist nicht weniger als eine Frage des sozialen Überlebens.

Neue Dynamiken

Was bringt das Superwahljahr 2021 für die Parteien? Ein Überblick | Von Andrea Römmele

CDU/CSU: Zukunft offen. Die Nach-Merkel-Ära ist längst eingeläutet. Egal, wer der Galionsfigur der CDU nachfolgen wird, ihr Abgang wird ein mächtiges Vakuum mit Unsicherheiten, Gefahren, aber auch Chancen erzeugen. Eine erste Prüfung wird die Wahl des neuen CDU-Parteivorsitzenden Mitte Januar sein. Armin Laschet liegt jüngsten Umfragen zufolge zurück, der ursprüngliche Überraschkandidat Norbert Röttgen hat sich nach vorne gearbeitet; und Friedrich Merz, der verärgerte Sauerländer im Dauerwahlkampfmodus, hält sich in der Wählergunst sehr gut.

Aber es sind ja bekanntlich die 1001 Parteitage delegierten und nicht die Parteimitglieder oder Wähler, die den neuen CDU-Chef küren. Und dort herrscht eine ganz andere Dynamik. Mal angenommen, Röttgen fügte Laschet im ersten Wahlgang eine Niederlage zu – nicht unwahrscheinlich, denn Röttgens Stimmen werden schwerpunktmäßig aus dem Laschet-Lager kommen. In einem zweiten Wahlgang würden sich Röttgen und Merz gegenüberstehen – was dann?

Röttgen hat offen signalisiert, dass Parteivorsitz nicht notwendigerweise gleich-

zusetzen ist mit einer Kanzlerkandidatur – die Umfragewerte Markus Söders sind dazu wohl einfach zu gut. Röttgen und Söder könnten sich gut ergänzen, der erfahrene Außenpolitiker Röttgen mit dem „Macher“ Söder als Kanzlerkandidat. Nach Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber würde ein drittes Mal ein CSU-Kandidat nach dem Kanzleramt greifen.

Die Grünen: Im März stehen zwei Landtagswahlen an, in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Wer hätte 2011 bei der Wahl des ersten grünen Ministerpräsidenten gedacht, dass die Grünen mit Winfried Kretschmann einer dritten Amtszeit in Stuttgart entgegensehen? Auch in Rheinland-Pfalz dürften die Grünen deutlich hinzugewinnen, ebenso in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Das wäre ein wichtiges Zeichen der Verankerung der Partei auch im Osten. Und es wäre eine gute Ausgangsbasis für den Bundestagswahlkampf.

Zum ersten Mal dürften die Grünen mit einer Kanzlerkandidatin – oder kandidaten in die Bundestagswahl ziehen. Der Wille zur Macht ist da, die Macht ist greifbar. Es wird eine Herausforderung für die Grünen

sein, den Luxus zweier wirklich guter Alternativen nicht zu einem internen Problem werden zu lassen.

AFD: Die AfD ist die stärkste Oppositionspartei im Bundestag. Die jüngsten innerparteilichen Flügelkämpfe haben die Partei vor eine Zerreißprobe gestellt. Jüngsten Umfragedaten zufolge sinkt ihre Zustimmung national als auch in ihren ostdeutschen Hochburgen (wobei sie sich in Sachsen und Thüringen immer noch auf einem hohen Niveau befindet). Zudem ist der AfD ihr zentrales Thema abhandlungswürdig. Angst vor zunehmender Migration und Flüchtlingen steht derzeit nicht mehr im Fokus der Öffentlichkeit. Man

könnte sich folgendes Szenario vorstellen: aufgrund einer drohenden dritten Coronawelle und schleppenden Impfungen kommt es zu zunehmender Kritik an der Bundesregierung. Die AfD wäre nicht die AfD, wenn sie nicht versuchte, dies zu nutzen.

FDP: Die FDP galt in der alten Bonner Republik als „ämter-suchende Partei“, als Koalitionsmacher. Ihr ging es nicht in erster Linie um Stimmenmaximierung, sondern um Regierungsbeteiligung. Diese hat sie 2017 während der Jamaika-Verhandlungen abgelehnt („Lieber nicht regieren als schlecht regieren“) und ihr Kapital damit größtenteils verspielt. Es folgte der Eklat von Erfurt und kurz darauf der Nichtwiedereinzug in die Hamburger Bürgerschaft. 2021 wird die Probleme der Lindner-FDP zuspitzen, si ist eben nicht mehr systemrelevant. Parteien sind offener für unterschiedliche Bündnisse geworden, neue Konstellationen sind möglich. Die FDP sucht (noch) ihre Themen in Corona-Zeiten, ihr Personal wird dünner, älter, männlicher. Keine guten Vorzeichen für den großen Showdown im September.

SPD: Die SPD sorgt gerade für wenig Schlagzeilen. Allein das ist eigentlich schon eine Schlagzeile wert. Interne Querelen ha-



ist Dean of Executive Education and Professor of Communication in Politics and Civil Society an der Hertie School. Ihr Forschungsinteresse gilt den Themen vergleichende politische Kommunikation, politische Parteien und Public Affairs.

ben deutlich abgenommen und die Partei scheint geschlossen wie lange nicht mehr, obwohl Olaf Scholz keinesfalls unumstritten ist. Dies ist sicherlich ein Verdienst der neuen Parteiführung. Diese hat es geschafft die Partei zu befrieden, ein mehrheitstaugliches Profil konnte allerdings noch nicht entwickelt werden. Zwei starke Ministerpräsidentinnen, die 2021 gute Chance haben wiedergewählt zu werden, reichen nicht aus.

Zeitenwende Gravierende politische Wechsel sind immer die Ausnahme – 1969, 1982 und 1998 waren solche Momente in der Geschichte der Bundesrepublik. 2021 könnte wieder eine solche Ausnahme werden. 23 Jahre nach Rot-Grün unter Gerhard Schröder, stehen die Zeichen abermals auf Neuanfang: eine schwarz-grüne Koalition ohne Angela Merkel oder eine Grün-rot-rote Koalition.

DER HAUPTSTADTBRIEF
Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter